



Klimakonferenz beschliesst Fahrplan für einen Weltklimavertrag

2015 muss ein neues Abkommen zum Klimaschutz stehen. Die Schweiz spricht von einem «grösseren Durchbruch». Den Umweltorganisationen ist der Deal allerdings zu unverbindlich.



Ein Verhandlungsring mitten im Plenarsaal brachte den Durchbruch beim Feilschen um einen neuen Klimavertrag. Foto: Reuters

Gesamt

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 205'398
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



EVI/UP ERDÖL-VEREINIGUNG
UNION PÉTROLIÈRE

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 7
Fläche: 61'347 mm²

Von Martin Läubli, Durban

Die 17. UNO-Klimakonferenz geht in die Geschichte der internationalen Klimapolitik ein. Noch nie haben Minister und Delegierte der 190 Vertragsstaaten der Klimakonvention so lange um Paragraphen und Formulierungen gestritten. Am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr nach einem tage- und nächtelangen emotionalen Versammlungsmarathon konnte die Präsidentin der Konferenz, die südafrikanische Aussenministerin Maite Nkoana-Mshabane, den Deal verkünden: Es gibt eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls, wie das unter anderem die Europäische Union und die Schweiz angestrebt hatten. Gleichzeitig wurde der Grundstein gelegt für einen neuen, umfassenden Vertrag, der bis 2015 beschlossen sein und 2020 in Kraft treten soll. Das künftige Abkommen würde neu alle Vertragsländer, Industrie- wie Entwicklungsländer, verpflichten, Treibhausgase zu reduzieren. Bisher galt dies nur für Industriestaaten. «Das ist ein Paradigmawechsel; wir sind zufrieden», sagte der Schweizer Delegationschef und Direktor des Bundesamts für Umwelt, Bruno Oberle.

Schlupfloch für die USA?

Die Beschlüsse, die alle Vertragsstaaten im Konsens fassen müssen, waren hart erarbeitet. Der Erdölstaat Venezuela protestierte mehrmals aggressiv, das Resultat sei zu schwach für einen effektiven langfristigen Klimaschutz. China und andere Entwicklungsländer erinnerten an das Prinzip der Gerechtigkeit, die reichen Staaten sollen erst ihre Treibhausgase senken. Die indische Umweltministerin kritisierte geradezu erzürnt die Konferenzpräsidentin, neue «rechtlich verbindliche» Regelungen in neun Jahren kämen nicht infrage. Eine ungewohnte Verhandlungsmethode konnte schliesslich die Wogen glätten. Befürworter und Kontrahenten bildeten einen Versammlungsring inmitten des Plenarsaals und stritten um den Wortlaut. Nun

ist die Rede von «verbindlichen» Regelungen mit «rechtlicher Kraft», welche die Vertragsstaaten bis 2015 zu erarbeiten haben. Für Umweltorganisationen wie Greenpeace haben sich mit dieser interpretierbaren Formulierung die grössten CO₂-Produzenten wie die USA ein Schlupfloch geschaffen, um sich künftig wieder vor verbindlichen Verpflichtungen drücken zu können.

«Wörter auf dem Papier bringen den Klimaschutz nicht weiter, aber sie geben doch eine Entwicklung wieder», sagte der Schweizer Delegationschef Bruno

Oberle. Die Verhandlungen in Durban zeigten, dass viele grosse CO₂-Produzenten wie die USA oder China inzwischen glauben, dass auch technisch einiges möglich sei. Die Vertragsstaaten sind sich zum Beispiel auch darüber einig, dass es ein internationales Kontrollsystem braucht, um den Erfolg der Finanzflüsse für Klimaprojekte zu überprüfen. Umso mehr, als in Durban auch beschlossen wurde, einen Klimafonds einzurichten, aus dem im nächsten Jahrzehnt jährlich Milliarden in Klimaprojekte in Entwicklungsländern fliessen sollen.

Marginale CO₂-Reduktion

Der steile Anstieg der CO₂-Emissionen wird durch die Resultate in Durban allerdings vorläufig nicht gebremst. Die Industriestaaten, die an der zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode beteiligt sein werden, dürften die globalen Emissionen bis 2020 schätzungsweise um 5 bis 6 Prozent gegenüber dem Ausstoss von 1990 reduzieren. Das reicht laut Klimaforschern aber nicht aus, um eine kritische Erderwärmung zu verhindern. In den

vorläufigen Grundlagen für ein neues Abkommen für die Zeit nach 2020 gibt es nach wie vor keinen Konsens, um wie viel die Treibhausgase bis 2050 gesenkt werden müssen. Der UNO-Weltklimarat (IPCC) geht von 50 bis 80 Prozent aus. Für den WWF Schweiz kommen die Re-

sultate zu spät. Neue Forschungsergebnisse zeigen, dass das Maximum der globalen Emissionen spätestens um 2020 erreicht werden müsste. Die aktuellen freiwilligen Verpflichtungen vieler Staaten reichen dafür nicht aus.

Die EU und die Schweiz haben in Durban bis zum Schluss eine harte Position vertreten. Ein zweites Kyoto-Protokoll soll es nur geben, wenn auch die Bereitschaft bei Entwicklungsländern und den USA für einen umfassenden Vertrag nach 2020 da sei. Dazu gingen sie mit der Gruppe der afrikanischen Staaten und den vereinigten Inselstaaten Allianzen ein. «Man kann von einem grösseren Durchbruch reden», sagt Delegationsleiter Oberle. Wie viel wert er ist, wird sich im nächsten Jahr in Katar zeigen, wo die 18. Klimakonferenz stattfindet.

Klimakonferenz

Die Ergebnisse von Durban

● Reduktionen nach Kyoto

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, ihre Treibhausgase um mindestens 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die nächste Verpflichtung beginnt am 1. Januar 2013. Ende 2012 läuft das Kyoto-Protokoll aus.

● Auftrag für neuen Klimavertrag

Die Vertragsstaaten sollen bis 2015 ein neues Abkommen ausarbeiten, das allen Klimaverpflichtungen auferlegt. Die Aufteilung dieser Verpflichtungen wird in den nächsten Jahren verhandelt. Die neuen Regeln sollen 2020 in Kraft treten. Offen ist ihre Verbindlichkeit.

● Grüner Klimafonds

Es soll ein Klimafonds eingerichtet werden, über den ab 2020 jährlich ein grosser Teil der versprochenen 100 Milliarden für Klimaprojekte in Entwicklungsländern fliessen soll. Die Schweiz bewirbt sich für das Sekretariat.

● Langfristige Perspektiven

Als Grundlage für einen neuen Vertrag 2020 soll der Report über die langfristigen Perspektiven im Klimaschutz dienen. (ml)